

Reinfall am Katertag

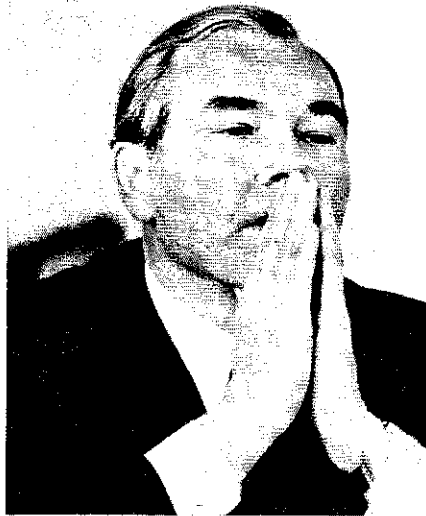
Mit Bußgeldern in Höhe von 2,3 Millionen Mark ahndete das Kartellamt unerlaubte Preisabsprachen der westdeutschen Edelstahl-Unternehmen. Auch die Bosse müssen zahlen.

Der anonyme Hinweis kam per Post, sein Ton war rüde: „Haben Sie in Ihrem sozialdemokratisch durchsauten Laden einen Menschen mit Verstand? Wenn ja, dann soll er mal mit seinem Verstand beiliegende Briefkopie lesen, begreifen und auswerten.“

Briefempfänger Siegfried Klaue, Sozialdemokrat und Leiter der 1. Beschlußabteilung des Berliner Kartellamts, las, begriff und wertete aus, mit Erfolg: Wegen eines großangelegten Preiskartells brummt er jetzt sieben Stahlkonzernen, 13 ihrer Vorstandsmitglieder und Verkaufsdirektoren sowie zwei Verbands-Geschäftsführern Geldbußen von 2,3 Millionen Mark auf.

Mindestens vier Jahre lang, ermittelte das Kartellamt, kungelte der Klub unter der diskreten Regie seines Fachverbands für einen Großteil seiner Produkte einträchtig die Preise aus.

Mit von der Partie war alles, was in der deutschen Montanindustrie Rang und Namen hat: Thyssens Deutsche Edelstahlwerke, Krupp, Stahlwerke Südwestfalen, Edelstahlwerk Witten, Flicks Edelstahlwerke Buderus, Klöckner und Röchling-Burbach. So perfektionistisch legten die prominenten Wettbewerbssünder ihr Geheimkartell an, daß sie — ein Novum — sogar namhafte Abnehmer aus dem Edelstahl-Handel an ihrem Preisklüngel beteiligten. Klaue: „Das Kartell endete



Kartell-Bruder Boos

Den peinlichen Fall heruntergespielt

erst vor dem Verbraucher, der die Zeche bezahlen mußte.“

Doch am Aschermittwoch letzten Jahres war alles vorbei. Um den Hochpreis-Zirkel überführen zu können, hatte Klaue für seinen Gegenschlag bewußt den Karnevals-Katertag gewählt.

Mit richterlichen Hausdurchsuchungsbefehlen und örtlichen Kripo-Beamten erschienen in den Hauptverwaltungen der Deutschen Edelstahlwerke, der Stahlwerke Südwestfalen und der Edelstahlwerke Witten sowie in den Düsseldorfer Büros der Edelstahl-Vereinigung je zwei Kartellfahnder und begehrten Zugang zur Registratur.

Den Weg zu den brisanten Belegen wies ihnen Klaues Beweisstück — ein Brief des Südwestfalen-Verkaufsvorstands Fritz Stemmer an Verbandsgeschäftsführer Bernd Berbuir betreffend „Edelstahl-Blankstahl-Preisfindung 1975“. Mit einigen Kartons Unterlagen kehrten die Kartellbeamten zurück.

Fast lückenlos konnten die Beamten, vor allem anhand der beschlagnahmten Sitzungs-Protokolle, den komplizierten Aufbau der mehrstufigen Kartellorganisation enthüllen: Mehrere Zirkel von Verkaufsleitern arbeiteten zunächst für jene Produkte, die sie zu vertreiben hatten — etwa Edel-Baustahl, Werkzeug- oder Rostfrei-Stahl —, Preisempfehlungen aus. Diese Ansätze wurden anschließend von den Verkaufsdirektoren der Konzerne abgesegnet und dann in vertraulichen Zusammenkünften der für den Verkauf zuständigen Vorstandsmitglieder bindend verabschiedet. Als „Geschäftsstelle und Steuerungsorgan des Kartells“ agierte Hans Günther Vorwerk, Geschäftsführer der Edelstahl-Vereinigung.

Bevor die Kartellsünder ihre Preise hochschleusten, trafen sie sich zu eingehenden Konsultationen mit wichtigen Kunden. „Bei diesen Gesprächen“, ermittelten Klaues Beamte, „sahen sich die Werke unter dem Druck der Abnehmer gezwungen, Abstriche von ihren Preisvorstellungen vorzunehmen.“

Zu Kartell-Querelen führten auch Versuche einzelner Klub-Mitglieder, durch heimliche Nachlässe auf die vereinbarten Preise zusätzliche Edelstahl-Mengen loszuschlagen. Zwar hätten die Teilnehmer, monierte Südwestfalen-Manager Stemmer, „immer wieder versichert, daß nur die Nachlässe angewendet werden, die verabschiedet wurden. Die Praxis sieht aber anders aus.“

Klaue orientierte seine Kartellstrafen an der Stellung der erappten Firmen im Edelstahlmarkt. So müssen Thyssen und Stahlwerke Südwestfalen (inzwischen von Krupp übernommen) je 425 000 Mark zahlen, Edel Witten (mittlerweile bei Thyssen) 300 000, Krupp, Buderus und Röchling-Burbach 225 000 und die Klöckner-Werke 125 000 Mark.

Die Bußen für Bosse und Direktoren verhängte Klaue abgestuft nach Gehaltshöhe: je 40 000 Mark Kartellstrafe brummt er Rolf Hoffstaedter (Deutsche Edelstahlwerke), Fritz Stemmer (Südwestfalen), Hans-Heinz Boos (Edel Witten) und Wilhelm Scheider (Fried. Krupp Hüttenwerke) auf, ihre Kollegen Hans Müller (Edelstahlwerke Buderus) und Walther Stepp (Röchling-Burbach) müssen 30 000 Mark nach Berlin überweisen, und Günter Büker, kaufmännischer Geschäftsführer der Klöckner-Werke, kam mit 15 000 Mark davon.

Dieselbe Buße diktierte Klaue Verbandsgeschäftsführer Vorwerk auf, 10 000 Mark seinem Kollegen Bernd Berbuir. Die Verkaufsdirektoren veranlagten die Kartelljäger mit den halben Sätzen ihrer Vorstandsbosse.

Mit diesen Strafen werden jene Topmanager, die sonst gern von den Segnungen des Wettbewerbs und den Vorteilen der Marktwirtschaft schwadronieren, vermutlich nicht davonkommen: Nicht einmal 30 Prozent der kartellierten Edelstahl-Produkte fallen in die Zuständigkeit der Klaue-Behörde.

Den größten Teil des Marktes dagegen haben nach dem Montanunions-Vertrag die Kartellwächter der Brüsseler EG-Kommission zu überwachen. Und die werden, vermuten Insider, das gesprengte Kartell-Kränzchen schon in wenigen Monaten abermals mit Geldbußen belegen — wahrscheinlich mit wesentlich höheren als diesmal.

Um den peinlichen Fall diskret herunterzuspielen, verzichteten die überführten Wettbewerbs-Sünder nicht nur auf rechtliches Gehör, sondern ließen sogar die letzte Woche abgelaufene Einspruchsfrist ungenutzt verstreichen. Ihren Lebensstandard werden sie ohne-

STAHLWERKE SÜDWESTFALEN AG **SÜDWESTFALEN**

Industrielle Eigentümern AG - 5000 Hünfelden - Postfach 200

VERBANDSGRUPPE GEISWEID

Edelstahlindustrie-Vereinigung
z. H. Herrn Bernd Berbuir
4 Düsseldorf-Bilk
Postfach 266

Hünfelden, den 20. August 1974

Sehr geehrter Herr Berbuir,

als Ergebnis des letzten Gesprächs am 6.8.1974 in Düsseldorf wurde festgehalten, daß sich die einzelnen Werke nochmals mit der Überarbeitung der Preisliste für 1975 befassen und dazu auch Stellung nehmen.

Sie vertreten nach wie vor die Meinung, daß eine generelle Änderung in der Preislistenstruktur für Edelbaustahl-Blankstahl gefunden werden muß; die Nachlässe nehmen mittlerweile ja eine astronomische Höhe ein.

Dadurch, daß die Nachlässe in den letzten Jahren immer weiter gestiegen sind, können automatisch die erforderlichen Preissteigerungen nur zum Teil zum Tragen.

Sie vertreten den Standpunkt, daß bei Ermittlung der Grundpreise ein anderer Modus gefunden werden muß, um damit auch den weiteren Steigen der Nachlässe Einhalt zu setzen. Daß in Verbindung damit die Preissteigerungen

Einladung zur Kartell-Absprache
Brisante Belege aus der Registratur

hin leicht durchhalten können. Anders als in Amerika pflegen in der Bundesrepublik ertrappte Bosse, deren Namen das Kartellamt im übrigen nicht einmal veröffentlichen darf, ihre Bußgelder aus der Firmenkasse zu überweisen.

KRANKENHÄUSER

Für danach

In 182 westdeutschen Krankenhäusern mit 70 000 Betten gibt es weder Ärzte noch Kranke. Die Anlagen sind für den Ernstfall gedacht.

Als die Elbe hoch ging und die Flut wieder einmal Marschen und Menschen hinter den Deichen bedrohte, verloren 623 Polen-Aussiedler ihre provisorische Unterkunft im Hamburger Hafen. Sie wurden, am 3. Januar, aus dem überfluteten Flüchtlingslager im Stadtteil Finkenwerder evakuiert und ins Trockene gebracht: 105 von ihnen unter die Erde, bombensicher.

In fensterlosen Räumen, tief unterm Fundament des Johann-Rist-Gymnasiums im holsteinischen Wedel, gab es warme Suppe und gemachte Betten. In einem Labyrinth von Gängen (mit Buchstaben markiert) und Funktionsräumen (mit farbigen Zahlen gekennzeichnet) fanden die Flutgeschädigten so manches, was für einen noch größeren Notfall vorbereitet worden war, strahlensichere Stahltüren etwa, Eingangsschleusen und Entgiftungsanlagen, eine bleibewehrte Abwurfgrube für alles Verseuchte.

Vor den Bedrängten tat sich eine Herberge auf, die normalerweise verschlossen ist: eines der 182 in der Bundesrepublik errichteten Hospitale für den schlimmsten aller Fälle, den Atom-

krieg. Das Hilfskrankenhaus, zu dem dann auch das Gymnasium gehört, soll rund 1000 Menschen aufnehmen können — wenn sie noch am Leben sind.

In diesem Falle fänden die tausend im Krankenkeller (er ist durch Stahl und Beton gegen Druckwellen, Strahlen und Feuersturm geschützt) auf rund 5000 Quadratmetern fast alles, was dann noch vonnöten wäre:

Die Katakomben werden durch komplizierte Klimaanlage belüftet, deren Filter atomare, biologische und chemische Kampfstoffe fernhalten. Eine autonome Stromerzeugung liefert Kunstlicht und Energie für Pumpen, die Trinkwasser aus eigenen Tiefbrunnen fördern. Da sind fünf Operationszimmer, zwei Röntgenräume, Medikamenten-Vorräte, Lebensmittel — es reicht für vier Wochen Überleben.

Solche Endzeitkassen haben sich Bundesregierungen aller Parteien in den vergangenen 25 Jahren insgesamt mehr als acht Milliarden Mark kosten lassen; so viel kostete bislang — nach dem Motto, „daß die zivile Verteidigung ein unverzichtbarer Bestandteil der Gesamtverteidigung ist und auch bleiben wird“ — der bundesdeutsche Zivilschutz, und davon machten allein die Errichtung und Unterhaltung der Hilfskrankenhäuser mit rund 70 000 Betten sowie die Bevorratung von Sanitätsmitteln in 169 separaten Lagern eine halbe Milliarde aus.

Das Bundesamt für Zivilschutz (BZS) hat ein bundesweites Netz von Krankslagern vorgesehen. Vielerorten werden Schulen, Kurheime und Jugendherbergen in der Nähe eines „Stammkrankenhauses“ für den Ernstfall „baulich vorbereitet“, nach drei Kategorien:

• Während einer Katastrophenschutzübung im Oktober 1975.

▷ im „einfachen Sofortprogramm“ mit lediglich oberirdischen Einrichtungen und separat eingelagerter Ausstattung, vom Rollstuhl bis zum Röntgengerät,

▷ im „erweiterten Sofortprogramm“ mit einzelnen ABC-gesicherten Funktions- und Bettenräumen, mit Operations- und Intensivstation,

▷ im „Vollausbau“ mit allen Anlagen im ABC-geschützten Untergrund.

Elf unterirdische Krankenhäuser (mit 15 000 Betten) sind derzeit im Bau, sieben bereits für den Tag X katastrophenfertig (mit 3000 Betten). Genutzt wurden die Anlagen — außer jetzt in Wedel — noch nie oder allenfalls, wie ein Bunker im Bayrischen, zum Kegeln.

Dennoch handeln die Bürgerschützer so, als ob ihre Stunde unausweichlich kommen würde, und treffen ihre „Vorbereitungen auf lange Sicht“ (Weißbuch zur zivilen Verteidigung), „weil doch jeder“, wie Hamburgs Zivil- und Katastrophenschutzleiter Karl-Friedrich Meinert meint, „überleben will“.

Nur ist eben dereinst nicht Platz für jeden, auch nicht, wenn alle geplanten Endzeit-Hospitale gebaut und ausgerüstet sind, „mit dem einfachsten und billigsten, aber volltauglichen Material“ übrigens, wie BZS-Regierungsdirektor Bruno Bertel beteuert. Und viel mehr als ein kostspieliges Alibi sehen manche Zivilschützer, wenigstens privat, denn auch nicht in ihrem Programm („Gar nichts tun, das geht nicht“).

Hamburgs Flutopfer von Finkenwerder wurden nach zwei Tagen wieder in oberirdische Quartiere verlegt. Angesichts der Betriebskosten für den Bunker, so ein Katastrophenschützer, „hätten wir die auch im besten Hotel unterbringen können“.



Hilfskrankenhaus Johann-Rist-Gymnasium, Krankenkeller in Wedel*: Geschlossen bis zum Tage X